



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 147-2025
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.342

Eingereicht am: 10.06.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Esseiva (Bern, FDP) (Sprecher/in)
Reinhard (Thun, FDP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Missbrauch in der katholischen Kirche

Mit grosser Besorgnis werden wir über die Missstände im Bistum Basel, zu dem auch die katholische Kirche Bern gehört, informiert. Ein Gutachten deckt schwere Fehler von Bischof Felix Gmür bei der Handhabung eines Missbrauchsfalls auf. In der Motion 216-2023 sprach sich der Grosse Rat deutlich dafür aus, dass der Kanton die Aufklärung der Missbrauchsvorfälle unabhängig von Kirchgemeinden sicherzustellen hat. Der Grosse Rat hat sich einstimmig für die Annahme dieser Ziffer und gegen ihre Abschreibung ausgesprochen. Nun kommt ein aktueller Fall: Das Bistum Basel, zu dem auch der Kanton Bern gehört, verweigert Akteneinsicht bei 92 neuen mutmasslichen Missbrauchsfällen, und Bischof Gmür gab sensible Opferdaten an den beschuldigten Priester weiter.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Hat der Regierungsrat von diesem Gutachten Kenntnis?
2. Hat der Regierungsrat beim Bistum Basel interveniert?
3. Wie stellen wir als Kanton Bern sicher, dass Missbrauchsfälle aufgeklärt werden und die Opfer den Schutz bekommen, den sie brauchen?
4. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Rechte der Betroffenen nicht erneut durch unkontrollierte Datenweitergaben oder kirchliche Eigeninteressen verletzt werden?
5. Wie bewertet der Regierungsrat die Tatsache, dass eine Institution, die sich regelmässig für Transparenz, Verantwortung und Ethik in der Wirtschaft einsetzt – beispielsweise im Rahmen der Konzernverantwortungsinitiative – bei Missbrauchsfällen selbst auf Intransparenz und Schweigen setzt?

6. Welche rechtlichen Möglichkeiten hat der Kanton Bern, um bei der katholischen Kirche (Bistum Basel) die Herausgabe von Unterlagen und eine unabhängige Aufarbeitung der Missbrauchsfälle einzufordern, insbesondere wenn kantonale Steuergelder direkt oder indirekt an die Kirche fliessen?

Verteiler

- Grosser Rat